

Rede auf der Kundgebung „Brandmauer statt Brandstifter“ Marktplatz Leipzig, 30. Januar 2025

Kurz vor meiner Rede auf dem Marktplatz vor ca. 3.000 – 4.000 (zumeist junge) Menschen wurde skandiert: „Ganz Leipzig hasst die CDU“.

Liebe Leute, ich hasse die CDU nicht! Von Berufswegen versuche ich, niemanden zu hassen. Aber: Das hält mich nicht davon ab zu sagen, was meines Erachtens richtig und was falsch ist. Darum: Ich bin entsetzt darüber, dass die CDU zusammen mit der CSU gestern wissentlich und gezielt für ihren Antrag die Stimmen der rechtsextremistischen AfD in Anspruch genommen hat, um eine Mehrheit im Deutschen Bundestag zu erreichen. Das ist verwerflich!

Vor drei Tagen haben wir der Befreiung des KZ Auschwitz gedacht. Heute vor 92 Jahren, am 30. Januar 1933, begann das Terrorregime der Nationalsozialisten. Genau in dieser Zeit paktiert eine große demokratische Partei, die sich dazu noch auf den christlichen Glauben beruft, mit der rechtsnationalistischen AfD und übernimmt deren ausländerfeindliche Narrative. Das ist verwerflich!

Seit 2014 sind gut drei Millionen Menschen als Asylbewerber:innen in unser Land gekommen. Diese aufzunehmen, diese zu begleiten, diese dabei zu unterstützen, sich eine neue Existenz aufzubauen, war und ist nur möglich dank des Einsatzes vieler Bürger:innen. Das ist Gott sei Dank millionenfach gelungen. Doch davon ist leider fast nie die Rede.

Auch nicht davon, dass viele derer, die eingewandert sind, inzwischen eine Arbeit gefunden, eine Familie gegründet und sich eine Existenz aufgebaut haben – auch von denen, die sich angeblich „illegal“ in Deutschland aufhalten. Viele Bereiche unserer Gesellschaft würden ohne diese Menschen gar nicht mehr funktionieren. Vielleicht überlegt auch Herr Merz einmal, wer ihm die Pakete während der Corona-Zeit gebracht hat und auch heute zustellt; wer die Büros, Kliniken und Firmengebäude reinigt; wer in der Pflege tätig ist; wer die Busse und Straßenbahnen lenkt. Es sind Geflüchtete. Auch davon ist kaum die Rede.

Stattdessen wird nun seit Monaten eine mediale und politische Propaganda inszeniert: der Ausländer als Störfaktor, als potentiell kriminell, als unerwünscht. Heute stolperte ich in der LVZ eine Überschrift im Lokalteil: *„Höfe am Brühl: Putzfrau von Gruppe sexuell belästigt. Mehrere Männer bedrängen dreifache Mutter in der Innenstadt/Schwierige Suche nach den Tätern“*. Der Artikel suggeriert, dass die Tat gestern passiert ist und damit die Haltung befeuert: Es ist nichts mehr sicher in Leipzig. Doch es handelt sich bei dem Artikel um einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung. Es geht um eine Tat, die im August 2022 begangen worden ist. Am Schluss des Artikels steht: *Das Verfahren wurde am Ende eingestellt*. Das ist ein kleines Mosaiksteinchen medialer Panikmache, um nicht zu sagen Hetze.

Wofür ich also plädiere: dass wir unsere Überschriften ändern! Dass wir zuerst vom Gelingen reden - und dann nichts von dem verschweigen, was schlecht läuft; im Gegenteil: dass wir Missstände klar benennen. Darum jetzt drei Anmerkungen zum aktuellen Geschehen:

- Niemand kann wirklich das Leid derer ermessen, die durch den Doppelmord in Aschaffenburg ihren zweijährigen Sohn, den Familienvater und Freund verloren haben. Dieses Leid, ausgelöst durch ein horrendes Verbrechen, darf weder in den Hintergrund

geraten, noch darf es instrumentalisiert werden durch die, denen jedes Verbrechen willkommener Anlass ist, um ihrem Hass und ihrer Hetze freien Lauf zu lassen.

- Die Verantwortung für den Doppelmord liegt vor allem und zuerst beim Täter, dem 28-jährigen Enamullah Omarzai. Seine Tat ist aber nicht daraus zu erklären, dass er aus Afghanistan stammt und ein Geflüchteter ist. Seine Tat ist der (krankhafte) Ausdruck seiner verbrecherischen, Tod bringenden Anmaßung: gottähnlich über Leben und Tod anderer Menschen entscheiden zu können.
- Kein Gesetz, keine Verordnung kann verhindern, dass ein Mensch sich über das 5. Gebot stellt „*Du sollst nicht töten!*“ Was nötig ist: Wir müssen gesellschaftlich alles dafür tun, dass jeder Mensch einsieht: Ein menschenwürdiges Zusammenleben ist nur möglich, wenn jede:r das Lebensrecht des anderen anerkennt. Dafür ist staatliches Handeln unter den Bedingungen der Demokratie, einer menschenwürdigen Bildung und rechtsstaatlichen Ordnung notwendig – aber auch das Engagement eines jeden und einer jeden von uns.

Auf diesem Hintergrund ist von demokratischen Parteien (insbesondere dann, wenn sie sich auf das christliche Menschenbild berufen) ist zu erwarten, dass sie – ähnlich wie Gerichte - ihre Programme und Entscheidungen an den Grundrechten der Verfassung ausrichten. Das verhindert, dass sich Parteien in ihrem Handeln auf die Ebene derer ziehen lassen, die bewusst und gezielt Straftaten begehen. Die Ebene des Straftäters ist: seinen Trieben, seinen Vorstellungen rücksichtslos und an allen Gesetzen vorbei freien Lauf zu lassen und das gewaltsam aus dem Weg zu räumen, was ihn stört. Die Ebene der Politik muss sein: Das Zusammenleben in einer Gesellschaft unter Wahrung der Menschenwürde möglichst gerecht zu gestalten und die Anmaßung einzelner, sich über das Gesetz zu stellen, mit den Mitteln einzudämmen, die den eigenen Werten entsprechen. Keine Regierung, kein Parlament, keine Behörde kann aber verhindern, dass ein Mensch dennoch zum Straftäter wird.

Wer das bedenkt, der kann nur zutiefst empört und erschrocken darüber sein, was sich seit dem Doppelmord von Aschaffenburg auf der politischen Ebene abspielt.

Der Beschlussantrag der CDU/CSU, der gestern im Bundestag dank der von der CDU/CSU bewusst einkalkulierten Zustimmung der rechtsextremistischen AfD eine Mehrheit gefunden hat, suggeriert: Wenn wir die Grenzen dicht machen, wird es keine Straftaten wie die in Mannheim, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg geben. Er unterstellt zudem, dass die Straftaten möglich gemacht wurden durch mangelnde/fehlende staatliche Gesetze und Verordnungen. Unabhängig davon, dass im Fall des Enamullah Omarzai ganz offensichtlich staatliche Behörden Vollzüge versäumt haben, entlastet eine solche Argumentation auf unerträgliche Weise den oder die Straftäter! Hinzu kommt, dass der sog. Fünf-Punkte-Plan der CDU/CSU in seiner Forderung, das Asylrecht faktisch abzuschaffen, verfassungswidrig und mit dem europäischen Recht nicht vereinbar ist. Im vollen Wissen darum, dass genau das die Beschlussvorlage der CDU/CSU für die AfD akzeptabel macht, hat die CDU/CSU gestern mit der rechtsextremistischen AfD gemeinsame Sache gemacht. Mehr noch: Sie hat mit der Abstimmung im Bundestag die AfD zum entscheidenden Faktor für ihre Politik gemacht und so der AfD ohne Not eine Bühne des Triumphs geboten. Das ist in jeder Hinsicht erschreckend, skandalös und – noch einmal: verwerflich!

Wenn dann noch am Freitag die Gesetzesvorlage der CDU/CSU mehrheitlich verabschiedet wird, dann hat der Deutsche Bundestag erstmals ein Gesetz auf den Weg gebracht, dass nur

mit den Stimmen von Rechtsextremisten und Verfassungsfeinden eine Mehrheit gefunden haben wird. Damit hat sich die CDU/CSU als Partei der Mitte aufgegeben und den Rechtsnationalisten den Weg zur Macht bereitet – ein ungeheurer Vorgang, ein eklatanter Wortbruch und eine Kapitulation der CDU/CSU vor Verfassungs- und Europafeinden.

Dagegen müssen wir aufstehen – als Demokrat:innen. Nicht mit Hass, sondern entschlossen, unmissverständlich klar, immer orientiert an den Werten, die uns ein menschenwürdiges Zusammenleben ermöglichen. Jede:r von uns steht da in einer persönlichen Verantwortung. Vielen Dank.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

www.wolff-christian.de

info@wolff-christian.de